



Wer hat Angst vor'm alten Mann?

Um Donald Trump wirklich zu verstehen, brauchen wir einen radikalen Perspektivwechsel!

Von Christian Rook

Wir leben in einer politischen Zeit, in der sich Demokratien nicht durch äußere Feinde, sondern durch innere Erosion bedroht sehen.

Besonders drastisch zeigt sich das in den Vereinigten Staaten – wo Donald Trump nicht nur zurück an der Macht ist, sondern entschlossener denn je, das politische System nach seinem Willen zu beugen, ja, es **abzuschaffen**.

Ihn weiterhin als erratischen Außenseiter zu betrachten, verkennt das strategische Kalkül seiner Präsidentschaft.

Wer Trump ernst nimmt, muss ihn als das analysieren, was er längst geworden ist: ein Gegner demokratischer Ordnung, der sie mit ihren eigenen Mitteln unterwandert.

Seit seinem Wiederantritt im Oval Office spricht Trump nicht mehr von der Verteidigung demokratischer Werte, sondern von ihrer **Überwindung**.

Seine Präsidentschaft gleicht einem Angriff auf das institutionelle Rückgrat der Republik – nicht mit Panzern, sondern mit Parolen.

Normbrüche, Personalrochaden, juristische Selbstermächtigung – all das erscheint nicht als Ausrutscher, sondern als bewusste Strategie.

Die Empörung der Kritiker läuft ins Leere, weil sie einen Maßstab anlegt, den Trump



nicht mehr anerkennt: die Demokratie selbst.

Wenn man ihn nicht als Präsidenten im System, sondern als Akteur gegen das System betrachtet, ergibt vieles plötzlich Sinn.

Die Rhetorik der Feindbilder, die gezielte Spaltung, die Mobilisierung über Identität statt über Inhalt – all das sind Bausteine einer autoritären Praxis.

Historiker wie Timothy Snyder oder Ruth Ben-Ghiat zeigen, dass diese Logik nicht neu ist.

Schon in der Weimarer Republik wurde die Demokratie durch ihre eigenen Regeln ausgehöhlt.

„Wir geben ihr den Todesstoß mit ihrer eigenen Hand“, notierte Joseph Goebbels 1929.

Auch heutige Autokraten – Orbán, Erdoğan, Putin – kamen durch Wahlen an die Macht.

Was sie einte: die Entkernung demokratischer Institutionen durch systematische Loyalisierung.

Trump hat dieses Modell auf amerikanische Verhältnisse übertragen.

Er will keine Reform – er will Macht, Kontrolle.

Das **Justizministerium** agiert unter seinem Einfluss nicht mehr unabhängig, sondern schützend.

Das **FBI** wird öffentlich diskreditiert, der **Supreme Court** mit ideologisch gefügten Richtern besetzt.

Wer sich nicht unterordnet, wird ausgetauscht, beleidigt, gebrochen.

Das Ideal der Gewaltenteilung wird in sein Gegenteil verkehrt: von einer Sicherheitsarchitektur zu einem Hindernis, das beseitigt gehört.

Doch es ist nicht nur die Innenpolitik, in der sich diese Verschiebung abzeichnet. Auch außenpolitisch verschieben sich Loyalitäten.

Trump umgibt sich nicht mit westlichen Verbündeten, sondern mit autoritären Vorbildern.

Putin ist „brillant“, Xi „smart“, Kim Jong-un ein „starker Führer“.

Der Schulterchluss mit Diktatoren wird nicht versteckt, sondern zelebriert – als Zeichen „wahrer Führungsstärke“.

Gleichzeitig degradiert Trump die NATO zum „teuren Anachronismus“, die EU zum „Feind“ – und erklärt offen, dass er nicht garantieren würde, im Falle eines russischen Angriffs auf NATO-Staaten zu reagieren¹.

Damit stellt er die Idee kollektiver Sicherheit nicht nur infrage – er unterminiert sie aktiv.

Noch bizarrer wird es, wenn Trumps imperiale Fantasien offen zutage treten.

Die Annexion Kanadas als legitime Option, Grönland als „strategischer Kauf“, es klingt grotesk, ist aber bittere Realität eines geopolitischen Denkens, das Grenzen nicht als Rechtsordnung, sondern als Besitzfrage versteht.

Ein Präsident, der sich nicht als Garant des internationalen Rechts begreift, sondern als Akteur eines persönlichen Dominospiels, stellt eine unmittelbare Gefahr für die globale Ordnung dar.

In diesem Weltbild hat Rechtsstaatlichkeit keinen Eigenwert.

Was zählt, ist Macht. Und Macht dient dem Eigennutz.

Als wir vor einer Woche erfuhren, dass Trump eine BOING 747 im Wert von über 400 Millionen Dollar von Katar als Geschenk entgegengenommen hatte, war die Reaktion bezeichnend:

Kein Dementi, kein Rückzug, sondern eine Rechtfertigung – als sei das Amt ein Geschäftsfeld, kein Verfassungsauftrag².

Dass solche Zuwendungen gegen die Emoluments Clause der Verfassung verstoßen, spielt in seiner politischen Praxis keine Rolle.

Verfassungsmäßigkeit ist für Trump ein relativer Begriff – dehnbar, formbar, zweckgebunden. Mit Leichtigkeit verstößt er gegen eine Verfassung, an die er nicht glaubt, von der er sich auch nicht gebunden fühlt. Weil er sie abschaffen will. Weil sie nur Mittel zum Zweck ist.

Auch **wirtschaftlich** folgt seine Politik dem Prinzip **persönlicher Bereicherung**.

Eigene Hotelketten als Veranstaltungsorte internationaler Gipfel, kryptobasierte Investmentvehikel mit Nähe zum Weißen Haus, fiskalpolitische Maßnahmen zur Förderung befreundeter Unternehmen – all das wird nicht verschleiert, sondern offensiv vertreten. Wer in Trumps Umfeld investiert, investiert in Einfluss.

Der Präsident als Unternehmer, das Amt als Plattform, die Gesellschaft als Firma, die Idee: der **Network State**, eine neue Gesellschaftsordnung mit einem CEO and der Spitze und ohne die mühsamen, demokratischen Strukturen, Institutionen und Gesetze; frisch aus der Feder von **Curtis Yarvin** und geschaffen von den kranken Allmachtsfantasien der Tech-Milliardär-Bros rund um Peter Thiel und Elon Musk.

Das Trumpire als Glaubensbekenntnis

Doch am gefährlichsten bleibt seine Fähigkeit zur Mobilisierung.

Trump-Anhänger folgen nicht einem Parteiprogramm, sondern einem **Glaubensbekenntnis**.

Kritik an ihm wird zur Attacke auf die eigene Identität. Wer gegen ihn ist, ist nicht Mitbürger – sondern „Abschaum“, „Verräter“, „Ungeziefer“³.

Die politische Sprache wird entmenslicht, der Gegner moralisch ausgelöscht. So stirbt der Diskurs – und mit ihm die Demokratie.

Trump braucht keinen Staatsstreich. Er braucht nur Nachsicht, Gleichgültigkeit, Routine.

Seine Stärke ist nicht die Gewalt, sondern die Verharmlosung.

Was einmal als unvorstellbar galt, ist heute Regierungshandeln. Was gestern Empörung auslöste, wird heute verwaltet. Die Demokratie wird nicht abgeschafft – sie wird ausgehöhlt, resignativ hingenommen.

Was bleibt, ist die Erkenntnis: Die größte Gefahr für die Demokratie ist nicht der Feind von außen.

Es ist die Müdigkeit von innen. Eine Erschöpfung, die daher rührt, dass wir Trump nach demokratischen Werten, Gesetzen und Spielregeln bewerten. „Flooding the Zone“ funktioniert. Am Ende gibt es keine Gegenwehr mehr. Dies ist das Ziel aller Autokraten und Diktatoren.

Wer begreift, dass Donald Trump sehr wohl authentisch seine eigenen Ziele verfolgt, der reibt sich nicht auf im Abnutzungskrieg von Medienwahn und Empörung.

Wenn wir die Demokratie retten wollen, müssen wir aufhören, sie für selbstverständlich zu halten. Nicht durch Panik. Aber durch Analyse. Und durch eine Sprache, die benennt, was ist – bevor es zu spät ist.

Quellen und weiterführende Literatur

1. Politico, „Trump: U.S. may not protect NATO nations from Russia“, 2025
2. The Atlantic, „400M\$ Jet From Qatar: Legal Gray Zone or Constitutional Crisis?“, Mai 2025
3. CNN Transcript, Trump rally in Waco, TX (25.03.2023): „vermin“, „traitors“
4. Snyder, Timothy: *On Tyranny – Twenty Lessons from the Twentieth Century*, 2017
5. Stanley, Jason: *How Fascism Works: The Politics of Us and Them*, 2018
6. Ben-Ghiat, Ruth: *Strongmen: Mussolini to the Present*, 2020



Christian Rook
info@christianrook.com
www.christianrook.com